



# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezogene keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.

Postfachkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im (Anzeigenteil 15 Groschen. Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklameteil 90 mm breit) 135 gr.

Ercheint an allen Werktagen.  
Bezugspreis monatlich 3,50 bei der Geschäftsstelle 3,50 in den Ausgabestellen 3,70 durch Zeitungsboten 3,80 durch die Post 3,50 auschl. Postgebühren.  
ins Ausland 6 Goldmark bei täglicher Versendung und 5 Goldmark bei 2 mal wöchentlichlicher Versendung.  
Fernsprecher 6105, 6275.  
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

## Die Agrarreform gegen die Deutschen.

Eine Unterredung. — Hoffnungen, die nicht Tat werden. — Die Ausführung des Agrargesetzes.

In der vergangenen Woche ist Richard Bernstein vom „Vorwärts“ in Lodz und Warschau gewesen. Er hat dem Ministerpräsidenten, Herrn Grafen Strzyński, einen Besuch gemacht und dabei verschiedene Fragen gestellt, die wir nachstehend wiedergeben, so wie sie die Lodzer „Volkszeitung“ berichtet. Eigenartig berührt die Bemerkung des Herrn Ministerpräsidenten über die Posener Empfindungen, die sich „erst beruhigen“ müßten. Wir sehen ganz deutlich, daß die Posener Schreihälse in Warschau noch immer großen Eindruck machen, und daß man ihnen und ihren Ausführungen, die doch stets der Logik entbehren, großes Gewicht beilegt.

Graf Strzyński hat sich in dieser Unterredung sehr verständlich geäußert, und wir kennen die Art seiner Äußerungen schon seit geraumer Zeit. Wir wagen nicht anzuzweifeln, daß es ihm damit Ernst ist, denn dazu ist er ein Mann, der durchaus weiß, was Polen nötig ist. Wir sehen aber auch die Pragis wieder, die nunmehr geübt wird. Das neue Agrargesetz, das mit so großen Kämpfen im Sejm durchgepeitscht worden ist, wird langsam wirksam. Im Jahre 1926 sollen 50 000 Hektar auf dem Gesamtgebiet der polnischen Republik enteignet werden. Wenn wir uns nun die Vorschläge für Posen ansehen, so wie wir sie am Sonnabend nach den Meldungen der polnischen Presse gebachtet haben, so können wir für das Posener Gebiet feststellen, daß von den 4450 Hektar, die auf die Wojewodschaft entfallen, 3000 Hektar von deutschem Besitz gefordert werden.

In Pommern sieht es noch viel ungünstiger aus. Die „Deutsche Rundschau“ meldet, daß die zu parzellierende Fläche 7300 Hektar ausmacht. Wir bringen nachstehend die Aufstellung für Pommern und die genaue Aufstellung für Posen, wie sie der „Kurjer Póznański“ meldet.

Wenn wir nun hier die Tat mit der Unterredung des Herrn Ministerpräsidenten vergleichen, so muß der Schmerz uns übermannen, der Schmerz, der immer dann den Menschen beschleicht, wenn er erkennen muß, daß der Weg zwischen Wort und Wirklichkeit durch einen Abgrund getrennt ist, der unüberbrückbar erscheint. Nicht genug, daß 900 000 Deutsche aus den ehemals preussischen Gebieten abwandern mußten, genau so viel Personen, wie heute in Deutschland Arbeitslose sind, obwohl das hier ihre Heimat war, nicht genug, daß man statt vier ausgezeichnete begabte „Enteignungen“ der preussischen Regierung (die wir durchaus nicht verzeihen) nach den Darstellungen des Herrn Ministerpräsidenten neuntausend deutsche Objekte liquidiert, geht der Weg genau so weiter, den der Westmarkenverein fordert: der Weg der Enteignung.

Immer noch nicht genug hat man die Deutschen gequält, immer noch nicht genug ihre Werte vernichtet, die sie mit ihren Händen, mit ihrem Schweiß erbaut und mit ihrem Blute verteidigt haben. Noch nicht genug Opfer sind dem Moloch des Chauvinismus von Posen dargebracht worden. Diese Opfer, die man dem Posener Moloch bringt, kosten jedoch Polen sehr, sehr viel Geld, und es ist durchaus möglich, daß diese Katastrophen dazu führen, das polnische Staatswesen dem Siedtum und Untergang anheim zu geben. Wir haben das im Laufe der letzten Jahre wiederholt gesagt und sind darum zu Staatsfeinden gestempelt worden. Wir werden nicht nachlassen, unsere Stimme zu erheben, weil nicht allein unsere Arbeit vernichtet wird, sondern weil hier Kulturwerte zerstört werden, die wir zu verteidigen uns berufen fühlen.

Unter solchen Anschauungen kommt die Unterredung des Herrn Ministerpräsidenten mit Herrn Bernstein uns nicht mehr wie ein „silberner Streifen der aufgehenden Morgenröte“ vor. Uns dünkt, daß dieser Streifen, der so selten rötlich strahlt, die Ankündigung eines Brandes ist, in dessen Glut kommende Unheil sich ankündigt. Herr Bernstein und sein Blatt werden diese schönen Äußerungen freundlich aufnehmen, und wir haben nichts dagegen — wir würden jedoch wünschen, daß er gleichzeitig einen kleinen Rückblick über jene Fragen gibt, die noch näher liegen, und die sein Leserkreis gewiß nicht kennt.

### Die Unterredung.

Der Interviewer, R. Bernstein, begann:

„Erzählen Sie mir, Herr Ministerpräsident, was die Freunde der Freiheit, unsere Korrespondenten über die Ansicht der polnischen Regierung zu den Locarnoverträgen zu informieren. Heute möchte ich Ihre Ansicht zu zwei Ereignissen hören. Und zwar: Dr. Diamand hat auf dem Kongreß der polnischen Sozialisten die Einstellung der Liquidationen des deutschen Besitzes in Polen verlangt. Für die deutsch-polnische Verständigungsarbeit ist es von sehr großem Wert, wenn Sie vielleicht eine zustimmende Erklärung zu diesem Verlangen Dr. Diamands, das vom Kongreß durch lebhaften Beifall unterstrichen wurde, abgeben könnten.“

Strzyński antwortete nach einigem Überlegen in gutem Deutsch:

„Diese Frage ist noch nicht spruchreif. Der Ministerrat hat darüber noch nicht entschieden. Es werde jetzt darüber verhandelt und es seien jetzt Herren aus Posen hier. Ich kann jedoch sagen, daß eine solche Lösung der Frage in der Linie meiner Politik liegt, und daß ich unter der Voraussetzung einer allgemeinen Verbesserung der deutsch-polnischen Verhandlungen in diesem Sinne arbeiten will.“

Bernstein: „Und dies die zweite Frage: Der Kongreß der P. P. S. hat in einer einstimmig angenommenen Entschließung nationale und kulturelle Autonomie für die Minderheiten völker verlangt. Wie stellen Sie sich zu dieser Forderung?“

Strzyński: „Das werde wohl noch längere Zeit brauchen, denn die Voraussetzung ist, daß gewisse Empfindungen in Posen (Der Westmarkenverein? D. Schriftl.) sich erst entsprechend beruhigen müßten.“

Bernstein: „Noch etwas. Vor einigen Tagen habe ich im „Vorwärts“ eine rasche Erklärung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen verlangt, die im Interesse der Arbeiterschaft beider Länder liegt. Darauf erschien in der offiziellen deutschen diplomatischen Korrespondenz eine Auslassung, die die Gewährung des Niederlassungsrechtes für deutsche Kaufleute, Industrielle usw. in Polen gewissermaßen als den Hauptstreitpunkt bei den Verhandlungen nannte. Wie steht es damit eigentlich?“

Strzyński ging in seiner Antwort auf die Frage des Niederlassungsrechtes selbst nicht ein. Wir haben jedoch anderen Anlaß zu der begründeten Annahme, daß Polen zur Gewährung eines ausreichenden Niederlassungsrechtes bereit ist. Der Ministerpräsident bedauerte selbst sehr, daß man vor lauter formalen Dingen bisher noch gar nicht zur

sachlichen Verhandlung gekommen ist, sondern diese immer wieder hinausgeschoben werden.

Damit war die Unterredung, die mit großer Liebenswürdigkeit geführt wurde, zu Ende. Während Strzyński den Besucher zur Tür begleitete, meinte er:

„Machen Sie, die deutsche Sozialdemokratie, es doch so, wie unsere P. P. S.“

Bernstein: „Wenn Sie, Excellenz, meinen, daß die deutsche Sozialdemokratie noch nicht für die Völkerbrüderung eingetreten ist, so muß ich erklären, daß meine Genossen für diesen Gedanken kämpfen, als man in Polen über diese Frage noch nicht so wie jetzt dachte.“

Strzyński: „Nein, ich meine etwas anderes. Machen Sie es so, wie die P. P. S. — treten Sie in Ihre Regierung ein!“

Bernstein: „Darauf muß ich Ihre Worte wiederholen: Was zutunbige Stellen noch nicht beschlossen haben, darüber kann ich nichts sagen.“

Nachdem reichte Strzyński seinem Besucher zum Abschied die Rechte.

### Die Parzellierungsgüter.

Nach dem „Dziennik Ustian“ vom 9. Januar werden im Bereich des Posener Bezirkslandes folgende Objekte der Aufteilung unterliegen: Im Kreise Krotoschin und Adelnau sind 1450 Hektar der Güter Nowa-Wies, Swiniów, Daniszyn und Uciechów (Thurn und Taxis Albert Maria) zur Aufteilung bestimmt worden. Im Kreise Kępno im ganzen 750 Hektar der Güter Bzyszyk, Perzów sowie der Vorwerke Nieprocin und Brzezie (Wron von Kurland Gustav). Im Kreise Wirsitz 200 Hektar der Güter Górowa und Borszysławo Wehmann-Hollweg. Im Kreise Koniowice 50 Hektar des Gutes Koniowice von Stanisław Lacki, 400 Hektar des Gutes Besowo und Chapielwo Wilhelm Kardis und 100 Hektar Chudowice Wierzyński von Wisliczki. Im Kreise Kojmin 400 Hektar der Güter Białów und Wielomies von Wilhelm Stolberg-Bernigerode. Im Kreise Jaroschin 100 Hektar des Gutes Chocisz von Maximilian Jouanne, 100 Hektar des Gutes Lubinia Mała von Benno und Arnold Kaliski.

In der Wojewodschaft Pommern sind im Bereich des Bezirkslandes in Graudenz für die Parzellierung bestimmt worden: Im Kreise Puck 100 Hektar der Güter Rucelowo und Sopotowice (Gustav v. Below), 300 Hektar des Gutes Krotowo (Dering von Bitterau-Krotow), 300 Hektar der Güter Kramno und Kholmow (Anna Graf), 100 Hektar des Gutes Sukicze (Helene Ostrowska), 300 Hektar des Gutes Telsowo (Fritz Rodenader). Im Kreise Kępno 300 Hektar des Gutes Węszkowo Jemel (Heinrich von Heßlerling), 200 Hektar des Gutes Węszkowo (Ottavio und Helena Petrucki), 200 Hektar des Gutes Węszkowo (Richard von Ruch-Nordhoff). Im Kreise Karthaus 300 Hektar des Gutes Leżno (Konrad Soene), 680 Hektar des Gutes Przejazd und des Vorwerks Strzegowo (Anna von Kleist). Im Kreise Dirschau 300 Hektar der Güter Gójszyn, Liniemio, Swarozyn, Wędrzyn (Erich von Paesle), 200 Hektar der Güter Węszkowo-Wojary (Margarete Harris), 200 Hektar der Güter Węszkowo und Węszkowo (Georg v. Kries). Im Kreise Stargard 400 Hektar der Güter Węszkowo, Spangamski und Zdun (Claf v. Paesle), 100 Hektar des Gutes Kholmow (Wacław Węszkowski). Im Kreise Kępno 300 Hektar des Gutes Stara Jania (Kurt v. Maerker), 300 Hektar des Gutes Praga (Waldert v. Conrad). Im Kreise Graudenz 320 Hektar des Gutes Melno (Georg v. Paesle), 300 Hektar des Gutes Węszkowo (Georg v. Paesle), 200 Hektar der Güter Annowo und Kamutki (Heinrich v. Wanno), 100 Hektar des Gutes Węszkowo (Raul Richard), 100 Hektar des Gutes Orle (Otto Chmiele). Im Kreise Białogóra 300 Hektar des Gutes Węszkowo (Włodzisław und Hans Wilkens). Im Kreise Straszewo (Brodnicza) 100 Hektar des Gutes Węszkowo (Stefan Różycki), 100 Hektar des Gutes Węszkowo (Kurt Helgel). Im Kreise Łoban (Lubawa) 300 Hektar des Gutes Węszkowo (Hans Blücher), 300 Hektar des Gutes Węszkowo (Adam Olszowski). Im Kreise Soldau 300 Hektar des Gutes Węszkowo (Emil Frankenstein), 200 Hektar des Gutes Mała Turza (Herbert Vehrlich).

### Verhandigung mit den Ukrainern?

Aus Warschau wird gemeldet: „Kulturminister Stanisław Grabski ist nach Lemberg gereist, wo er dem vor kurzem aus Rom nach Lemberg zurückgekehrten Metropoliten Szeptycki einen Besuch abgeleistet hat. Doch fand er den Metropoliten nicht zu Hause vor, weshalb er nur seine Visitenkarte abgeben konnte. Im Zusammenhang mit dieser Reise Stanisław Grabski nach Lemberg sind in politischen Kreisen Gerüchte im Umlauf, daß Stanisław Grabski eine polnisch-ukrainische Verständigung anstrebe. Von gut unterrichteter Seite wird berichtet, daß die Regierung tatsächlich Verhandlungen mit ukrainischen Politikern begonnen habe. Man habe in Warschau allmählich eingesehen, daß man mit der fast 4 1/2 Millionen zählenden ukrainischen Minderheit einen Ausgleich suchen müsse. Die ukrainische Presse nämlich hat in letzter Zeit eine sehr scharfe Sprache gegen Warschau geführt und hat in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben, daß die ukrainische Minderheit es sich nicht mehr gefallen lassen wolle, daß man sie als Bürger zweiter Klasse behandle. Die ukrainische Presse hat aus diesem Grunde eine ausgesprochen antipolnische Aktion begonnen und hat anlässlich der Erhöhung der Tabak- und Spirituspreise die Bevölkerung beschworen, den Verbrauch von Tabak und Alkohol möglichst einzuschränken, um so den polnischen Staat wirtschaftlich zu schädigen. Würden die Ukrainer die Maßnahme der ukrainischen Presse befolgen, so würden die Einnahmen des polnischen Tabak- und Spiritusmonopols um etwa 120 bis 150 Millionen Zloty zurückgehen. Jetzt, wo die ukrainische Minderheit den wirtschaftlichen Fortschritt gegen das Polentum aufnehmen will, sieht sich die Zentralregierung veranlaßt, ihre bisherige Politik gegenüber der ukrainischen Minderheit einer Revision zu unterziehen. Doch wollen die polnischen Nationalisten aus Galizien und die nationalpolitischen Abgeordneten aus den östlichen Wojewodschaften die Ausgleichspolitik der Regierung um jeden Preis durchkreuzen. Im übrigen scheint der Kultusminister Stanisław Grabski nicht der richtige Mann zu sein, um für irgend welche „Ausgleiche“ wirken zu können. Er hat durch seine Verhandlungen mit der jüdischen Minderheit bereits bewiesen, daß er wohl gern Zusicherungen zu geben, diese aber nicht einzuhalten pflegt.“

### Imperialismus.

Wenn man im „Kurjer Póznański“ eine Überschrift liest, die eine wenig schmeichelhafte Bezeichnung aufweist, so kann man ziemlich sicher sein, daß sie sich auf die Deutschen bezieht. Kürzlich ließ einen auch die Überschrift „Niepoprawni“ (Die Unverbesserlichen) dies vermuten, und beim Hinsehen wurde diese Erwartung auch nicht enttäuscht. Es wird da Deutschland vorgeworfen, daß es trotz Locarno nicht aufhöre, an die Verwirklichung seiner imperialistischen Gelüste zu denken, und das rufe in Europa eine ständige Beunruhigung hervor. Bei den anderen sechs Mächten, die den Vertrag unterschrieben hätten, sei ihre Friedensliebe auch schon vor Locarno über jeden Zweifel erhaben gewesen.

Worauf gründet sich diese Beschuldigung Deutschlands? Nun, ein gewisser Lotharingus hat in einem Buch über den Weltkrieg im Licht der Geschichte dem deutschen Volk den Vorwurf gemacht, daß es die Schweiz vernachlässigt und nicht an die Brüder hinter der Rheingrenze gedacht habe, und hatte zu behaupten gewagt, der deutschsprechende Teil der Schweiz gehöre eigentlich mit dem Reich zusammen. Auffällig ist da, daß der so um die Unversehrtheit der Schweiz besorgte „Kurjer“ noch keine Töne der Entrüstung für die doch schon nicht gerade selten auftretenden italienischen Stimmen gefunden hat, die die Welschschweiz müsse an Italien kommen. Ja, das geht doch vom lieben Faschismus und seiner angeschwärmten starken Hand aus und ist natürlich etwas ganz anderes. Diese schüchterne, vereinzelt deutsche Stimme, die doch keineswegs die polnische Stimme wiedergibt, ist ein Staatsverbrechen, das einheitliche italienisch-faschistische Verlangen aber nicht.

Ein so die Machtgelüste verdammenes Blatt und Volk, meint man in seinem Unverstand, der annimmt, der andere messe mit gleichem Maße, hält sich selbst doch natürlich möglichst weit von diesem Imperialismus fern. Wie recht es damit aber in Wirklichkeit ist, wir wollen vorsichtigerweise nicht untersuchen, was das ist, wenn ein Volk, das ursprünglich in den engen nationalen Grenzen zwischen Nehe und Bug wohnte, sein Reich allmählich so ausdehnte, daß es von der Ostsee bis ans Schwarze Meer reichte, so daß in diesem Reich das Volk, das dem Staat den Namen gab, nur eine geringe Minderheit ausmachte. Wir wollen auch nicht näher darauf eingehen, daß die preussische Regierung Marienwerder 1814 berichten mußte, bei vielen Polen sei der „Wahn“ fest eingewurzelt, das Reich der Jagiellonen müsse sich vom Dnjepr bis an die Saale und Elbe erstrecken, und daß große Enttäuschung darüber herrsche, daß Napoleon diese bescheidenen Wünsche nicht verwirklicht habe, wie Laubert berichtet. Wir wollen uns nur an die letzte Vergangenheit halten.

Dazu seien einige Stellen des „Kurjer Póznański“ selbst angeführt: Der Führer der Partei des Blattes, Roman Dmowski, schrieb am 3. 10. 1924: „Man dürfe die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß Polen nur eine halbe Entscheidung der Frage seiner Grenzen mit Deutschland erreicht habe.“ Besonders die Schaffung des Freistaates Danzig und die Abstimmungen wurmen ihn. Andererseits wird Breslau als „Vorposten“ bezeichnet, Aufrufe zu einem Tag für die „unbefreiten Grenzmarken“ veröffentlicht. Auch Neben hoher Persönlichkeiten bewegten sich in ähnlichen Bedankengängen, z. B. daß die Ober Polens Strom, nicht Polens Grenze sei. Wenn der alte Ernst Morik Arndt einmal vom Rhein gesagt hat, er sei Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze, so hatte das seine Begründung, da er tatsächlich durch deutsches Sprachgebiet fließt, während das bei der Ober bezüglich des polnischen bekanntlich etwas anders liegt. An einer anderen Stelle heißt es: „Ja, die deutsche Grenze im Osten ist nicht logisch, aber noch weniger logisch und gerecht ist die polnische Westgrenze. Daran müssen wir ständig denken.“ (7. Juni 1925) und „die westlichen Lande sind zu Polen zurückgekehrt, doch die Arbeit an ihrer vollständigen Wiedergewinnung und Verpolung ist noch unvollendet und wird noch viele Anstrengungen des Staates und der Nation erfordern.“ (25. August 1925.) Zum dreißigjährigen Jubiläum einer Zeitschrift zitierte Józef Petrycki im „Kurjer“: „Kümmerlich wäre das zukünftige Polen ohne Posen und Schlesien, ohne Zugang zum Meer, also ohne Danzig und Königsberg. Diese Provinzen, die heute zu Preußen gehören, sind eine notwendige Voraussetzung des Bestehens des polnischen Reiches, wie sie heute die Vorbedingung der Erhaltung der preussischen Macht sind.“ und weiter: „Leider wurden nicht alle unsere Forderungen im Versailler Vertrag berücksichtigt. Wir müssen weiterhin an der Verwirklichung dieses Programms arbeiten, denn dieses Programm entspricht den geschichtlichen Bedürfnissen des polnischen Staates.“

Am deutlichsten waren die Auslassungen von Prof. Tadeusz Grabowski auf dem Sokoltag, der die Grenzen verlangte, die das kaiserliche Polentum zur Zeit des großen Königs Bolesław Chrobry gehabt habe, nämlich:



„Niemals muß uns gehören, und wird es uns nicht freiwillig gegeben, dann wird unser Schwert entscheiden.“ „Ostpreußen muß und wird uns gehören.“ „Danzig müssen wir, und sei es mit der Waffe in der Hand, zurückerobert.“ Zu diesem Sabelraseln passen wirklich ausgezeichnet die Worte desselben „Kurier“ einige Tage später: „In Polen wollen wir alle den Frieden, denn wir wissen, daß wir ohne ihn nicht den Ausbau unseres Staates vollenden können.“ (22. Juli 1925) und „Lassen sich die friedlichen Bestrebungen Polens, das in den gegenwärtigen Grenzen leben will, mit den kriegerischen und imperialistischen Absichten Deutschlands vereinbaren?“ (8. August 1925.) Nun, das ist eine kleine Blütenlese aus einem einzigen Blatt, die sich natürlich durch Heranziehung von andern Presse- und Buchstimmen unendlich vergrößern ließe. Wir wollten jedoch hier nur den über den bösen Deutschen Lotharingus moralisch entrüsteten „Kurier“ einmal etwas sein Spiegelbild vorhalten. Was er schreibt, ist natürlich alles kein Ausfluß von Imperialismus.

Um zu einem klaren Urteil zu kommen, vergleichen wir einmal etwas! Jeder gerecht denkende Mensch wird bei den Ausführungen von Lotharingus die Überlegung vermissen, ob die Schweizer mit dieser Zurückentwicklung zum Reich hin, wie er sie sich denkt, selbst einverstanden wären. Weissen sie ihn ab, so war es eben nur eine akademische Erörterung.

Bekanntlich ist der Gedanke des Selbstbestimmungsrechts der Völker, nachdem er seine Schuldigkeit gegen die weltfremden Idealisten, die Deutschen, getan hatte, als nicht mehr nötig in die Rumpelkammer gestellt worden, und was alles aus ihm gemacht worden ist, das haben die letzten Jahre ja zur Genüge gezeigt. Nichtsdestoweniger aber ist er moralisch begründet, und seine praktische Auswirkung wären Völkervereinigungen. Nun ist eine solche aber nur in ganz wenigen Gebieten durchgeführt worden, und wo das geschehen ist, zum lebhaften Bohn von „Kurier“ und Omowski, wie in Masuren, Ermland, hat der überwältigende Sieg der deutschen Stimmen gezeigt, wie die Bevölkerung über ihre Zugehörigkeit denkt. Im erstehnten Ostpreußen, Königsberg, zeigen dies die Wahlen deutlich genug. Wollens an den Kopf fassen man sich, wenn man von Klein, der Hauptstadt des ukrainischen Dreihundertmillionenvolkes, das weit größer als das polnische ist (denn „Kurier“ und Genossen verweisen, wenn sie vom polnischen Dreihundertmillionenvolk sprechen, immer, die halb 40 Prozent betragenden Minderheiten abziehen), liest, es „müßte zu Polen kommen“. Schon die ostgalischen Kämpfe 1918/19 hätten doch unseren Patrioten sagen müssen, wie sich die Ukrainer dazu stellen. Das deutsche Sprachgebiet, wovon auch Deutsch-Ostreich, wie ja sein amtlicher Name lautet, einen Teil bildet, soll nicht zusammengehören dürfen, wenn es auch wollte, obwohl es sprachlich einheitlich ist, also ein klassisches Beispiel für das Selbstbestimmungsrecht bilden könnte.

Nun, wenn der bloße Gedanke daran schon ein deutsches Verbrechen sein soll, wie ist denn dann der Gedanke moralisch zu qualifizieren, ganz Ostdeutschland von der Elbe ab, die Ukraine samt Rumänien zu Polen kommen, Herr Prof. Gya-bowski und lieber Kollege „Kurier Pognanski“? Besonders, wenn noch der schöne Zusatz hinzukommt: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ Polen hat ja auch eine große ausgezeichnete Armee und eine Menge Munitionsfabriken, vertraute der Herr Kriegs-

minister Sikorski dazu dem Vertreter der französischen Zeitung „Matin“ an. Ob man mit solchen „patriotischen“ Reden und Aufsätzen seinem Staat und Volk nützt, darüber bekommt man seine eigene Ansicht, wenn man sieht, wie solche Expektorationen in der weiten Welt wirken. Vielleicht befragt der „Kurier Pognanski“ einmal die verschiedenen Herren darüber, die seit längerer Zeit sich vergeblich bemühen, von Amerikaeine Anleihe zu bekommen.

## Die gefährlichen Deutschen.

### Ein evangelisches Bethaus geräumt.

Die in Lodz erscheinende „Freie Presse“ schreibt: „Esobem wird ein neues Unrecht bekannt, das die Behörden gegenüber den Evangelischen unseres Landes sich zuschulden kommen lassen. Dieses Unrecht ist um so schwerer, als es die unrechtmäßige Besitzergreifung eines Bethauses betrifft, das überdies schon 71 Jahre in dem Besitz der betreffenden Kantons-gemeinde sich befindet.“ Am 1. Dezember vorigen Jahres erschienen im Dorfe Przechylich 14. Gemeinde Kopien, Kreis Brzezyn, Wojewodschaft Lodz, der Vogt sowie der Polizeikommandant und teilten den dortigen deutschen evangelischen Landwirten den Inhalt eines Schreibens der Gemeinde mit, wonach — angeblich auf Anordnung des Ministeriums — das in dem gleichen Dorfe befindliche evangelische Bethaus innerhalb vierzehn Tagen zu räumen sei.

Mit Rücksicht darauf, daß dieses — 1862 umgebaute — Bethaus bereits seit 71 Jahren Besitz der Evangelischen des genannten Dorfes ist und erst in letzter Zeit von der polnischen politischen Gemeinde reklamiert wurde, welcher Streikfall nach der gerichtlichen Entscheidung harret (selbst die Feuerversicherungsgesellschaft erklärte in einem Schreiben an die politische Gemeinde, daß sie die verlangte Überlieferung der Police auf den Namen der Gemeinde nur auf Grund eines Gerichtsurteils vornehmen würde), verweigerten die Evangelischen von Przechylich die Räumung des Bethauses.

Als am 14. Dezember niemand im Dorfe erschien, um das Bethaus zu übernehmen, glaubten die dortigen Deutschen, daß das Gerechtigkeitsgefühl über die Dagegen gestiegen habe und ihr altes Bethaus unangefastet bleiben werde. Sie sollten sich schwer geirrt haben.

Am 4. Januar erschienen in Przechylich ohne vorherige Ankündigung die Wirtenträger der Gemeinde: der Vogt, der Schultheiß, der Polizeikommandant sowie zwei Polizisten mit einem Beamten aus Brzezyn, der von den Ortsgewaltigen mit Herr Staatsrat angetroffen wurde, sowie mehreren polnischen Landwirten aus fünf verschiedenen Dörfern der Gemeinde. Die Ankömmlinge begaben sich vor das Bethaus und erklärten dem dort wohnenden deutschen evangelischen Kantor, daß er seine Wohnung im Laufe einer halben Stunde zu räumen habe.

Hierauf fragten sie, wo der Schlüssel zum evangelischen Bethaus sei. Polizisten holten darauf den Landwirt, der die Schlüssel in Verwahrung hatte. Als dieser die verlangten Schlüssel nicht sofort herausgeben wollte, erklärte der Beamte aus der Kreisstadt, daß ihm bekannt sei, daß die Deutschen gefährliche Leute (12) seien; wenn die Schlüssel ihm nicht sofort ausgehändigt würden, würde er die Widerpenigen unverszüglich verhaften lassen. Daraufhin übergab der eingeschüchterte Landwirt dem Beamten die Schlüssel. Dieser erklärte: „Nirgends wollen wir uns den Bethaus nur einmal anschauen.“

Die Ankömmlinge drangen hierauf in den Bethaus ein und trugen den Altartisch, das Kreuz, die Leuchter, die Bilder und das Beerdigungszeug hinaus. All dieses kirchliche Gerät wurde in der Wohnung des Kantors untergebracht. Darauf wurde der Bethaus versiegelt. Die Schlüssel wurden dem größten Deutschfeind des Ortes, dem Schultheiß Antoni Kolaczowski übergeben.

Am 8. Januar erschien dieser Schultheiß in Begleitung eines Polizisten beim Kantor und erklärte ihm, daß er bis Montag, den 11. Januar, die Wohnung zu räumen habe, da sie für den neuen polnischen Lehrer benötigt werde. Gleichzeitig nahm er die Siegel vom Bethaus ab.

Die in ihrem alterwürdigen Bestand bedrohten Evangelischen von Przechylich reichten unverszüglich Proteste beim Statosen und beim Konfessorium in Warschau ein.

Wir schließen uns diesem Protest gegen die Profanierung gottesdienstlicher Einrichtungen und Antastung alterwürdigen Besitzes unserer Volksgenossen an und fordern unsere Abgeordneten dringen auf, die nötigen Schritte einzuleiten, damit dieser neue Anschlag auf die Gerechtigkeit seine schnelle Sühne finde.

Mit dem Alten erschienen Dernburg, Adolf Wolf und noch zwei andere Börsenmänner. Der Schöne Adolar stellte seine Freunde vor, und Heidenberg ging gleich mitten in die Sache.

„Ich will heute auf die „Neuland“ los. Diese famose Gründung ist ein Schwindel, wie er in der Gründerzeit nicht schöner ausgeführt worden ist. Zudem ist das Projekt vom ersten bis zum letzten Gedanken gestohlen. In einem unserer führenden Abendblätter wird ein Artikel darüber erscheinen, mit allen Beweisen und Belegen. Außerdem werde ich dafür sorgen, daß die Regierung, die sich ja für die „Neuland“ so eingesetzt hat, informiert wird und Stellung dazu nimmt. Morgen früh wird ein Interview des preussischen Landwirtschaftsministers erscheinen, das wohl den Refektor für die Vaterländische Neuland-Gesellschaft bedeuten wird. Ich möchte nur, meine Herren, bereits an der heutigen Börse vorarbeiten. Herr Wolf, Sie werden also mit Ihren Freunden abzugeben beginnen. Wir, Dernburg, rühren uns nicht. Wir waschen unsere Hände in Unschuld. Stary und der Minister werden schon unsere Sache führen. Wie stehen übrigens die Anteilscheine der „Neuland“?“

„32. das Doppelte über pari!“

„Ich möchte sie gern auf sechs, fünf herunter haben!“ Die Männer schauten einander an. Selbst diesen hartgesottenen Börsenmenschen schien dieser Schlag zu hart. Mollheim legte den Kopf schief und kratzte sich die Nase.

„Einverstanden“, knurrte er. „Aber Du hast gestern noch gesagt, Du bist zufrieden, wenn sie auf die Hälfte hinuntergehen. Eins mußt Du bedenken! Die „Vaterländische Neuland“ ist so etwas wie eine öffentliche Angelegenheit. Die kleinen Anteilscheine, die Dollar- und Zwei-Dollarscheine sind überall in der Masse verbreitet. Man hebt sie als Sparpapier im Wäschelbündel auf. Wenn Du Dich auch nicht an die Rumpelkammer stellst, sondern Deine Hände in milchweißer Unschuld wäschst, wird doch alle Welt wissen, daß Du es bist, der dem hochpatriotischen Werke der „Neuland“ das Haus ansteckt — die liebe öffentliche Meinung wird sich mit Wutgeheul auf Dich stürzen und Dich in tausend Feigen reizen. Die Sozialdemokraten werden Dich mit Stinnes zusammen ans Kreuz nageln,

## Republik Polen.

### Die Monarchisten.

In Gdansk ist die erste Nummer des Wochenblattes „Głos Monarchistów“ erschienen. Das Blatt wird von einem früheren Mitglied der „Wyzwolenie“ herausgegeben. Die Aufgabe besteht in der Agitation unter den Bauernmassen. Wir haben es hier neben dem Wlascer Blatt nun bereits mit dem zweiten Organ der Monarchisten Polens zu tun.

### Um die Rückkehr Wisludski.

Heute findet eine Sitzung des Ministerrates statt, in der die Frage der Rückkehr des Marschalls Wisludski zum Heere auf den Posten des Generalstabchefs im Sinne des Antrages des Ministers Moraczewski besprochen werden soll.

Nach einem amtlichen Kommuniqué der Presseabteilung des Ministerrates hat die vom Minister Moraczewski berührte Frage der Berufung des Marschalls Wisludski zum aktiven Dienst in der letzten Sitzung des Ministerrates keine Diskussion hervorgerufen und ist durch formelle Auflösung des Ministerpräsidenten bezüglich des Verfahrens in der Einbringung von Anträgen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, erledigt worden.

### Ende der Parlamentsferien.

Die Parlamentsferien erreichen, heute, am Montag, ihr Ende. Es versammelt sich heute die Finanzkommission des Sejm um über die Reorganisation der Vermögenssteuer zu beraten.

### Keine Einschränkung der Souveränität.

Die „Agencia Wschodnia“ hat sich in der Angelegenheit der Berufung des Finanzberaters an Herrn Antoni Wientowski mit der Bitte gewandt, seine Meinung hierüber zu äußern. Herr Wientowski erklärte: „Die Einladung des Finanzberaters nach Polen kann nicht mit der vom Völkerbund in Österreich eingeführten Finanzkontrolle identifiziert werden, mit deren Hilfe Österreich eine internationale Anleihe erhielt. Ich fasse die Rolle des Finanzberaters so auf, wie sie Hilton Young verstanden hat, d. h. in der Darstellung von Bemerkungen zum Staatsbudget zu den geplanten Finanzorganisationen, zu Organisationen der Finanzbehörden, zur Valutapolitik usw. Eine so aufgefaßte Rolle des Finanzberaters schädert in nichts die Souveränität des Staates und wirkt nach außen günstig auf die Meinung der Finanzkreise ein, von denen eine Reihe der Finanzangelegenheiten der Welt abhängig ist. Alle Bemerkungen, Voraussetzungen und Zweifel Hilton Youngs haben sich als ganz richtig erwiesen und die Anpassung an seine Bemerkungen hätte zweifellos viel schwere Momente im Wirtschaftsleben Polens erspart. Am willkommensien wäre eine nochmalige Einladung Hilton Youngs und seiner Gehilfen nach Polen. Das scheint jedoch wenig wahrscheinlich zu sein, da Herr Hilton Young, soviel ich weiß, nach Indien zur Vorbereitung der dort geplanten Valutareform delegiert ist.“

### Die Geschäftszeit.

Nach einer Meldung des „Kurier Pozn.“ konfertierte gestern Vertreter der jüdischen Kaufmannschaft mit dem Industrie- und Handelsminister Osiński, der ein Projekt über die Änderung des Gesetzes von der Arbeitszeit im Handel vorlegte, die auf einer Genehmigung der Eröffnung der Geschäfte am Sonnabend, zwei Stunden nach dem Sabbath, beruht. Die jüdischen Kaufleute sollen nach dem genannten Platte drei Stunden und eine dreistündige Öffnung der Geschäfte am Sonntag verlangt haben.

## Tilla Durieux erkrankt.

### Der eingebildete Selbstmordversuch.

Die Schauspielerin Tilla Durieux, die Witwe des durch Selbstmord geendeten Verlegers Paul Cassirer, hat nach dem Tode ihres Mannes einen schweren Nervenleiden erlitten. Seit einigen Tagen bereits liegt sie im Hotel Bristol unter den Binde, wo sie seit den ehelichen Differenzen Wohnung genommen hat, krank darnieder. Gestern abend nun verheimlichte sich ihr Zustand derart, daß neben ihrem Hausarzt noch zwei andere Ärzte herbeigerufen wurden.

Dabei gab Frau Durieux an, daß sie einen Selbstmordversuch unternommen hätte. Sie habe in ein Glas Wasser ein Pulver geschüttet und dieses dann getrunken. Das sei sich bei diesem Pulver indessen um ein Gift gehandelt hätte, konnte bisher nicht festgestellt werden. Wahrscheinlich hat Frau Durieux eine zu starke Dosis eines nervenberuhigenden Mittels zu sich genommen. Jedenfalls haben die Ärzte keinerlei Vergiftungserscheinungen feststellen können. Der Zustand der Frau Durieux gibt zu besonderen Besorgnissen keinen Anlaß.

und das Schlimmste, die Regierung könnte nicht mitmachen.“

„Alles richtig“, erwiderte Heidenberg gelassen. „Habe ich mir auch schon alles selbst gesagt und richte mich danach ein. In Berlin, glaube ich, werden wir sie noch halten können, aber die Provinz wird sie umbringen. Wenn erst Berleberg und Schleshausen von Panik ergriffen werden und ihre Anteilscheine auf den Markt werfen, dann ist es um Reinhold Gehrke und Kompanie geschehen. Und dann — kommt die Deutsche Bankgesellschaft und erklärt sich bereit, mit Rücksicht auf die durch den plötzlichen Sturz der Anteilscheine betroffenen Masse der kleinen Leute die Papiere mit fünf Prozent über den Parikurs zu übernehmen. Und das wird nicht das schlechteste Geschäft, das die Deutsche Bankgesellschaft je gemacht hat. Man kann sogar großmütig sein und zehn Prozent bieten.“

Wieder schauten sie sich alle an.

„Bei Gott“, schrie der Schöne Adolar dann, „es ist doch was dran, was man an der Börse von Ihnen sagt.“

„Was sagt man?“

„Daß der noch nicht geboren ist, der mit Ihnen fertig wird!“

„So?“

Heidenbergs Blick glitt zu Hannah hinüber, von ihr zu dem Paket, das auf seinem Schreibtisch lag —

In dem Paket waren die Briefe, die Gerba Heidenberg einst an den Grafen Balances schrieb —

Er und Hannah waren wieder allein.

„Ist das wirklich der Ruin Gehrkes?“ fragte sie.

„So ziemlich. Tut er Dir leid?“

„Ja“, erwiderte sie leise, „er tut mir leid. Er ist so jung, und Du bist um so vieles stärker, Herbert.“

Er zuckte die Achseln.

„Er will meinen Ruin. Was ich tue, tue ich nur, um mich zu wehren, Hannah. Und ich bin nicht der Stärkere — Du vergißt — er hat einen Bundesgenossen, gegen den ich —“

Wieder ging sein Auge zu dem Paket auf dem Schreibtisch. Er nahm es in die Hand, wog es mit finsternem Blick hin und her —

(Fortsetzung folgt)

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.

## Der Herr Generaldirektor.

Roman von Ernst Klein.

(67. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ausgezeichnet. Herr Oberleutnant, Sie werden jetzt mit Herrn Stary nach Hause fahren und ihm das Exposé geben. Und Sie, mein lieber Stary, Sie wissen Bescheid? In ihrem Nachmittagsblatt erscheint der Artikel — kurz und sachlich — und die beiden Exposés, das des Herrn Oberleutnants und das des Vorklubs — ja, das hier, das ich Ihnen gegeben habe, wirklich einander gegenübergestellt. Das Interview mit dem Herrn Minister für das Morgenblatt verschaffe ich Ihnen sofort. Rufen Sie mich von der Redaktion aus an! Schön — auf in den Kampf, meine Herren!“

May und Stary eilten davon. Heidenberg griff über den Schreibtisch hinweg und zog Hannah um den Tisch herum an sich. Zärtlich küßte er sie, zärtlich streichelte er den blonden Kopf, der sich ihm an die Schulter lehnte.

„Nur Mut, Hanni!“ sagte er, „wir werden schon durchkommen.“

Sie sah zu ihm auf.

„Um meinetwillen ist das alles, Herbert! Die Feindschaft Gehrkes, die Feindschaft Deiner Frau — — — Herbert, mir ist angst und bang! Ich bin doch nur ein so armestiges Mädchen — bin ich denn —?“

Er schloß ihr den Mund durch einen langen Kuß.

„Was Du bist“, lächelte er, „das bist Du mir, Hannah! Du bist mir vielleicht mehr als Liebe, Glück, und wie die schönen Dinge alle heißen. Du bist mir Symbol! Das Symbol meiner Freiheit, verstehst Du? Ich habe mein Leben lang eine Lüge mit mir herumgetragen — — — Du bist mir die Befreiung von dieser Lüge. Um diese Befreiung kämpfe ich. So, und jetzt setze Dich ruhig wieder auf Deinen Platz, vorläufig bist Du noch immer Privatsekretärin!“

Er läutete und ließ Mollheim mit den anderen Herren kommen.



# Um die Regierung in Deutschland.

## Hindenburgs Forderungen.

Sonnabend mittag 12 Uhr wurde Dr. Luther abermals vom Reichspräsidenten empfangen. Auf Grund dieser Besprechung hat der Reichspräsident seine Entscheidung dahin getroffen, daß er nun die bevorstehenden Beschlüsse des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten abwartet, ehe er eine bestimmte Persönlichkeit mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Deshalb hat der Reichspräsident für Dienstag mittag die Abgeordneten Koch und Gehrenbach zu sich gebeten. Er wird die Herren auffordern, nunmehr in bestimmter Weise endgültige Beschlüsse der für die Große Koalition in Frage kommenden Parteien herbeizuführen, und diesen mitteilen, daß er eine längere Verzögerung der Regierungsbildung aus Gründen des Staatswohles nicht für tunlich erachtet. In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß er die Führer des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten um eine endgültige Antwort bitten werde. Da der grundsätzliche Standpunkt der Sozialdemokraten bereits feststeht und nach den bekannt gewordenen Ausführungen eine Änderung nicht zu erwarten sein dürfte, wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß der Reichspräsident dann spätestens am Mittwochabend oder Donnerstag früh mit der Bildung des Kabinetts eine Persönlichkeit beauftragen wird, die voraussichtlich Dr. Luther sein wird.

## Die Demokraten nach wie vor für die große Koalition.

Berlin, 11. Januar. (N.) Wie die „Montagspost“ mitteilt, werde der demokratische Führer, Abg. Koch, dem Reichspräsidenten in der heutigen Unterredung mitteilen, daß die Demokraten nach wie vor nur eine Reichsregierung auf der großen Koalition für möglich halten, weil keine andere Koalition nach dem Ausschleichen der Deutschnationalen im Reichstag über eine Mehrheit verfüge.

## Die Luftfahrtverhandlungen in Paris.

Die „Abn. Zig.“ berichtet: „Die Verhandlungen, die in Paris mit Vertretern des Völkerverkehrs über die allgemeinen Bestimmungen für die deutsche Luftfahrt und mit französischen Vertretern über die Schaffung einer Verkehrsvereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich geführt werden, nähern sich zwar noch nicht einem befriedigenden Abschluß, ermöglichen aber doch schon jetzt ein klareres Urteil als bisher über die Auffassung und die Ziele, die von den Beauftragten der Gegenseite vertreten werden.“

Zurzeit hat man allgemein den Eindruck, daß die Verkehrsverhandlungen mit Frankreich sich nicht ungünstig anlassen, da Frankreich ein großes Interesse daran hat, mit Deutschland zu einem Abkommen zu gelangen, das ihm die unbegrenzte Möglichkeit gibt, seinen Luftverkehr über Deutschland hinweg nach den osteuropäischen Staaten zu organisieren und zu erweitern. Die zentrale Lage Deutschlands ist dabei für die Vertreter des Reiches eine starke sachliche Stütze. An dieser Tatsache können die französischen Unterhändler nicht achtlos vorbeigehen. Wie bekannt, hat Deutschland bei den Verhandlungen den Grundsatz der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung aufgestellt und verlangt, daß, wenn Frankreich das unge-

minderte Recht zum überfliegen deutschen Gebiets erhält, das gleiche Recht ihm selbst von Frankreich für einen deutschen Flugverkehr, etwa mit Spanien und England, zugestanden werden muß. Nach den letzten hier eingetroffenen Nachrichten scheinen die französischen Vertreter inzwischen erkannt zu haben, daß sie selbst keine Vorzugsrechte beanspruchen können, wenn sie selbst nicht bereit sind, Deutschland die gleichen Rechte zu gewähren. Damit eröffnen sich für den weiteren Gang der Verhandlungen und einen für beide Teile befriedigenden Abschluß nicht ungünstige Aussichten. Zu den selbstverständlichen Zugeständnissen, die Frankreich an Deutschland machen muß, wenn Frankreich zu einem Abschluß kommen will, gehört vor allem die Aufhebung des für deutsche Flugzeuge verhängten Verbots, das besetzte Gebiet zu überfliegen. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß Deutschland diese Forderung nach Aufhebung dieses zu Unrecht bestehenden Verbots nicht zum Gegenstand eines Austauschverfahrens, etwa in dem Sinn machen kann, daß Frankreich zugestanden würde, diese oder jene Linie nach den Oststaaten nunmehr über Deutschland zu legen, und Frankreich sich als Gegenleistung bereit erkläre, ein Unrecht wie das Verbot vom überfliegen des besetzten deutschen Gebiets aufzuheben. Wenn sich Frankreich inzwischen den von Deutschland aufgestellten Grundsatz der Gleichberechtigung und der Gegenseitigkeit endlich zu eigen gemacht haben sollte, wird es nur logisch handeln, wenn es den Gedanken fallen läßt, in einem Austauschverfahren zwischen angestrebten und zu Unrecht bestehenden Einschränkungen gegenüber Deutschland für sich besondere Vorzugsrechte herauszuschlagen.

Völlig durchgeführt kann der Gedanke der Gleichberechtigung aber nur dann werden, wenn die Verhandlungen mit dem Völkerverkehr zu einer Aufhebung der die deutsche Luftfahrt bisher einschränkenden und lähmenden Begriffsbestimmungen führen. Daß besonders die französischen Vertreter des Völkerverkehrs bisher eine ziemlich unnachgiebige Haltung gezeigt und mit Beweisgründen für ihre Auffassung gearbeitet haben, die nicht als stichhaltig anerkannt werden können, ist bekannt. Zunächst wäre es Pflicht des Völkerverkehrs, dafür zu sorgen, daß eine gewisse Presse aufhört, einer Annäherung der Gegenseite schon in ihren Anfängen mit falschen Behauptungen und Gründen entgegenzuarbeiten. Der Berliner Vertreter des „Journal“ betreibt diese Arbeit mit besonderem Eifer und Geschick. Man kann schmerzlich an einen Irrtum glauben, wenn man sehen muß, daß er eine von Deutschland dem Völkerverkehr eingereichte Liste der von Deutschland ausgebildeten Flieger völlig falsch liest und aus seinen Berechnungen neue Verdächtigungen gegen die deutsche Fliegerei als eines militärischen Machtinstruments ableitet. Für Deutschland sowohl wie für Frankreich wäre es bedauerlich, wenn durch derartige Querverbindungen, die die Verhandlungen mit dem Völkerverkehr stören sollen, auch die Verkehrsverhandlungen mit Frankreich in Mitleidenschaft gezogen würden. Die deutschen Vertreter haben aber in den bisherigen Besprechungen darüber keinen Zweifel gelassen, daß sie nicht in der Lage wären, einem Abschluß dieser Verhandlungen zuzustimmen, ehe nicht die übergeordneten Verhandlungen mit dem Völkerverkehr über die Aufhebung der unberechtigten Begriffsbestimmungen zu einem für Deutschland annehmbaren Ergebnis geführt haben. An dieser Auffassung kann auch dann nichts geändert werden, wenn die Verkehrsverhandlungen mit Frankreich zu einer grundsätzlichen Einigung und Verständigung führen sollten.

und 1921 erfolgten Fälschungen tschechischer Noten durch einige Ungarn, die auch jetzt wieder eine Rolle spielten, den Anfang der jetzt in Franken wiederholten Fälschungen bildeten.

## Das französische Vorbild.

### Frankreich fürchtet keinen Fremdenverkehr.

Nach Angabe des „Temps“, Nr. 23 498 vom 5. Dezember 1925 hat der französische Minister des Innern in Beantwortung einer schriftlichen Anfrage bekannt gegeben, daß die Gesamtzahl der am 1. Januar 1925 in Frankreich sich aufhaltenden Ausländer in Frankreich 2 845 214 Personen betrage. Laut dieser amtlichen Auskunft sei die Zahl wie folgt zusammen:

Deutsche	64 597
Nordamerikaner	49 414
Südamerikaner	11 894
Osterreicher	5 884
Belgier	460 252
Engländer	84 116
Bulgaren	2 874
Spanier	467 156
Griechen	25 073
Holländer	14 727
Ungarn	13 577
Italiener	807 650
Österreicher	36 798
Türken	20 108
Polen	810 265
Portugiesen	35 836
Rumänen	24 381
Russen	91 461
Skandinavier	11 006
Serben, Kroaten, Schweden	20 555
Schweizer	146 273
Tschechoslowaken	39 501
Verstorbene	102 165

Von Interesse dürfte es sein, daß man trotz dieser außerordentlich großen Anzahl von Ausländern aus Frankreich fast nie von Ausweisungen „lästiger Ausländer“ hört, trotzdem fast alle diese Ausländer in Frankreich erwirtschaften. In Polen wohnen 20 000 Reichsdeutsche und somit fast überhaup keine Ausländer. Da man bei uns in Polen doch so gerne Frankreich als das Vorbild aller Dinge hinstellt, würde es gar nicht schaden, wenn man sich auch einmal in dieser Frage ein Beispiel an dem großen Vorbilde nehmen wollte. Leider haben wir bislang noch gar nichts davon gemerkt.

## Aus anderen Ländern.

### Außerordentlicher sozialistischer Parteitag.

Paris, 11. Januar. (N.) Die Nachsitzung des außerordentlichen sozialistischen Parteitages ist am Mittwochabend zu Ende gegangen und die Weiterberatung auf heute vormittag vertagt worden.

### Der französische Minister Le Monzie über Frankreichs Zukunft.

Paris, 11. Januar. (N.) In Caspelnauville sagte gestern auf einer Bezirkstagung der Radikalen der Minister für öffentliche Arbeiten Le Monzie unter anderem: Die Abkommen von Locarno haben im Ausland das wahre Gesicht Frankreichs gezeigt und werden dazu beitragen, daß die Schuldenfrage mit den Vereinigten Staaten leichter geregelt werden kann.

### Merciers Gesundheitszustand gebessert.

Paris, 11. Januar. (N.) Kardinal Mercier, dessen Gesundheitszustand eine merkwürdige Besserung aufzuweisen hat, hat heute den Besuch des Königs und des päpstlichen Nuntius empfangen.

### Raubüberfall auf einen Personenzug.

Mexiko, 11. Januar. (N.) Nach Privatmeldungen aus Guadalupe überfielen 20 bewaffnete und herummurmelnde Räuber einen Personenzug zwischen Guadalupe und Mexiko. Sie ermordeten die Mehrzahl der Reisenden und zahlreiche Soldaten der Begleitschutzmannschaft. Zwischen den Haltestellen Negrete und Yacuarito überfielen die Räuber, die den Zug in Guadalupe bestiegen hatten, plötzlich die Soldaten und die Reisenden mit Messern. Von der militärischen Begleitschutzmannschaft sind alle bis auf sieben Mann getötet. Die mit dem Leben davongekommenen Soldaten sind schwer verwundet. Der Zug wurde dann mit den Opfern von den Räubern in Brand gesteckt. Die Räuber standen unter dem Befehl eines früheren Obersten. Die telegraphischen Verbindungen wurden durchschnitten, so daß die Räuber entkommen. Die Verfolgung ist eingeleitet worden.

### In dem Überfall auf einen Eisenbahnzug in Mexiko.

Mexiko, 11. Januar. (N.) Bisher sind aus den Trümmern des zwischen Negrete und Yacuarito von Banditen überfallenen Eisenbahnzuges 20 mit Brandwunden bedeckte Leichen geborgen worden. Kein Wagen des in Brand gesteckten Zuges ist von den Flammen verschont geblieben. Die Banditen sollen das Verbrechen begangen haben, weil sie in dem Zuge den General Ferrera vermuteten. Die Lokomotive, die sie zur Flucht benutzten, wurde einige Stationen hinter dem Schauplatz des Verbrechens entgleist aufgefunden.

### Ein Komitee.

London, 11. Januar. (N.) Reuters meldet aus Tanger: Nach Mitteilung von zuverlässiger Seite wird die Bildung eines amerikanischen Komitees ähnlich dem englischen Komitee geplant. Es verläutet, daß der wichtigste Förderer dieses Gedankens Mr. H. C. Ford sei, der einen hervorragenden Platz im öffentlichen Leben Amerikas einnehme und, wie es heißt, von einer Anzahl einflussreicher Amerikaner sehr tatkräftige Unterstützung erhalte.

### Der Handel um Moskau.

Nach Londoner Meldungen hat der russische Außenminister seine Erklärung über die Moskaufrage verfaßt. Man nimmt an, daß auch die Partei jedwede Verwicklungen zu vermeiden wünscht und mit der englischen Regierung zu verhandeln vorzieht. Inzwischen hat sich auch in England wieder einmal ein anständiger Mensch gefunden, der öffentlich die Wahrheit über den englisch-französischen Schacher um das Moskaugebiet und auch über die gemeine Rolle, die der Völkerverkehr dabei spielt, sagt. Nach der „Westminster Gazette“ hat der ehemalige britische Vertreter in Brat, P. H. Wilson, ein Schreiben an den Völkerverkehr gerichtet, in dem er erklärt, der Völkerverkehr bezüglich des Brats sei das unmittelbare Ergebnis des englisch-französischen Handels, der bei Zuhilfenahme tschechischer Gelder geschlossen worden sei. Frankreich habe England in der Moskaufrage unterstützt im Austausch gegen eine wirksame britische Unterstützung bei seinen Schwierigkeiten in Syrien, das es durch seine schlechte Verwaltung verwüstet habe. Die Türkei habe jetzt eine starke moralische Waffe in der Hand und mühe die Zuhilfenahme des Völkerverkehrs zur Bedingung ihres Eintritts in den Völkerverbund machen.

### Proklamierung Ibn Sauds zum König von Festschas.

London, 11. Januar. (N.) „Daily Telegraph“ meldet aus Dschidda: Am Freitag hat die öffentliche Volksversammlung Ibn Saud zum König von Festschas ausgerufen.

## Letzte Meldungen.

### Das Ende der Parlamentsferien.

Morgen nachmittag tritt der Sejm zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. Am Vormittag wird die Rechtskommission die Anträge zur Novelle zum Gesetz über die Militärkommission erörtern. Am darauffolgenden Tage soll die Militärkommission über die Anträge der Sozialistenpartei in Sachen der Rüstung der Militärflotte und des Rekrutierungswesens beraten, während die Kommission für Fragen des Arbeitswesens die Novelle zum Gesetz über die Arbeitsvermittlung und die Angelegenheit der nach Deutschland auszuwandernden Arbeiter besprechen wird. Die erste Vollversammlung des Senats im neuen Jahre ist auf Mittwoch, 11. Uhr vormittags anberaumt worden. Am Donnerstag will der Kultusminister Grabski in der Unterrichtscommission des Senats ein Exposé halten über das Sparprogramm seines Ministeriums.

### Nachricht der englischen Rheinflotte nach England.

Am 11. Januar. (N.) Die englische Rheinflotte hat gestern Köln verlassen. Sie fährt über Straßburg durch die französischen Kanäle nach Le Havre und von dort über den Kanal nach England zurück.

### Um die große Koalition.

Berlin, 11. Januar. (N.) Wie die „A. Z.“ wissen will, besteht in völkerverkehrlichen Kreisen keine prinzipielle Aneignung gegen ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten, es sei denn, daß als Vorbedingung der Koalitionsbildung derartige Forderungen aufgestellt werden, auf die die Volkspartei sich nicht auf lange Zeit verpflichten zu können glaubt. Außer dem Entwurf der Parteiführer findet heute vormittag der Empfang des bulgarischen Gesandten Popoff bei Hindenburg statt. Dadurch werden, wie das Blatt dazu bemerkt, am besten die Gerüchte widerlegt, die von einer Erkrankung des Reichspräsidenten wissen wollten.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

# KINO APOLLO

Vom 8. bis 14. Januar 1926.

Vorfürhrungen: 4<sup>1/2</sup>, 6<sup>1/2</sup>, 8<sup>1/2</sup>

Erotische Drama

# „Das goldene Bett“.

Regie: Cecil B. de Mille.

Hauptrollen: Liljann Rich. — Vera Reynolds. — Rod La Rocque.

Vorverkauf 12—2 Uhr.



**Gepl. Off. a. R. Marczinowski,**  
**Redaktionshonorar, Bydgoszcz,**  
 ul. 20. stycznia 20 Kr. 33.

Junger Mann, 21 Jahre  
 alt, 2. Sem. Winterschule sucht  
 Stellung z. **Sofverwalter,**  
 1. 2. als  
 oder Assistent. Off. n. S. 2756  
 an die Geschäftsst. d. Blattes.

**Gepl. Mädchen**  
 19 J. alt, sucht Stellung auf  
 einem Gute zur Erlernung des  
 Haushalts, ohne gegenseitige  
 Vergütung mit Familienan-  
 schluß. Ang. unt. **B. 2756**  
 an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.



erhielt wurde, waren, wie die „Deutsche Rundsch.“ schreibt, Nahrungs-

\_\_\_\_\_

Die „Weichelpoliz“ berichtet:  
Eine Arbeitslosenversammlung fand gestern (Freitag) nachm. 2½ Uhr im Restaurant „Flora“ statt. Sie war nicht durch die Führer der Arbeitslosen, sondern durch andere, verborgene Kräfte, vermutlich durch einen hierher gekommenen kommunistischen Agitator, einberufen worden. In der Versammlung sprach außer Arbeitslosenvertretern der Abg. Krzhwizski. Nach Schluß der Versammlung begaben sich die älteren Arbeiter nach Hause, während der größere Teil, bestehend aus jüngeren, undisziplinierten Leuten, die mit Stöcken usw. bewaffnet waren, in die Stadt sich begab. In der Toruńska kam es zu Ausschreitungen. Man begann zu pfeifen und zu johlen. Die Polizei sperrte die Straße ab und ließ den Menschenhaufen nicht ins Zentrum der Stadt hinein. Daß es zu weiteren Ausschreitungen nicht kam, ist nur dem umsichtigen Verhalten der Polizei zu danken, die kaltblütig und ruhig ihre Maßnahmen traf.

## 11500 Stuck.



# Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

## Zur Novemberbilanz des polnischen Außenhandels.

die mit rund 70 Millionen Zloty aktiv war, haben wir uns bereits kritisch geäußert. Die soeben vom Warschauer Statistischen Amt veröffentlichten näheren Daten zeigen, daß die Einfuhr (von 165 658 To im Oktober im Werte von 80 083 000 Zloty) auf 189 580 To im Werte von 84 497 000 Zloty und die Ausfuhr (von 1 086 347 To im Werte von 131 508 000 Zloty im Oktober) auf 1 266 250 To im Werte von 154 505 000 Zloty gestiegen ist. Die Zunahme des Imports ist hauptsächlich bei Papier, Altsen und Metallbearbeitungsmaschinen, die Steigerung des Exports hauptsächlich bei Getreide, Zucker, Kohle, Flachs erfolgt, wie aus den folgenden Einzelposten hervorgeht:

Einfuhr	Tonnen	1000	Ausfuhr	Tonnen	1000
Weizen	590	168	Weizen	27989	8297
Roggen	16	3	Roggen	21098	4336
Reis	908	489	Gerste	25637	6190
Weizenmehl	156	16	Hafer	7150	1518
Speisefette	1645	3873	Eier	1924	4444
Tabak	1822	3996	Hopfen	166	1677
Rohleder	330	401	Hornvieh (Stück)	13905	2291
gegerbt. Leder	600	4181	Schweine (Stück)	102766	9556
Lederschuhwerk	61	1580	Geflügel (Stück)	261082	1751
Baumwollen- u. -abf.	3722	11321	Holz u. -fabrikate	304753	18664
Baumwollgarn	76	591	Flachs	1572	1899
Baumwollgewebe	96	1248	Hanf	656	565
Wolle u. -abfälle	370	2056	Baumwolle u. -abfälle	48	99
Wollgarn	84	1446	Baumwollgarn	312	2235
Wollgewebe	38	658	Baumwollgewebe	223	2072
Kunstseide	2	37	Wolle u. -abfälle	355	1697
Seidengewebe	9	1186	Wollgarn	118	2099
Trikotagen	28	767	Wollgewebe	111	1843
versch. Kleid.-Stücke	22	864	Kunstseide	5	109
Hüte, Mützen usw.	2	139	Trikotagen	6	170
Galanteriewaren	16	240	Zellulose	1165	344
Papier u. Pap.-Erz.	2289	1224	Papier u. -erzeugn.	1659	578
Phosphorite	11651	350	Schwefelsäure	3059	180
Chlorsalpete	56	17	Kunstdünger	7504	1717
synthet. Farben	34	265	Benzol	811	253
Eisenerze	18193	493	anorgan. Farben	173	191
Schrott u. Altsen	14726	823	Petroleum	6901	965
Rohseisen	469	111	Öle	13416	2016
Eisen u. Stahlerzeug.	172	127	Benzin	4178	1650
Röhren	345	180	Paraffin	1828	1646
Kupfer u. -erzeugn.	279	557	Kohle	663937	15078
Metallobearbeitungs-			Eisen aller Art	372	106
maschinen	719	1830	Röhren	2971	1524
Textilmaschinen	132	562	Blei	2781	2722
landwirtschaftl. Masch.	120	342	Zink	8535	8605
elektrot. Material	1109	2324	Zinkblech	650	1092
Automobile	152	804	Zucker	38733	14981

In den ganzen ersten 11 Monaten d. J. 1925 belief sich die Einfuhr auf 3 254 372 To im Werte von 1 582 914 000 Zloty, die Ausfuhr auf 12 333 346 To im Werte von 1 209 795 000 Zloty. Die Bilanz war also mit 373 119 000 Zloty passiv, während das Jahr 1924 für alle 12 Monate mit einer Passivität von 216 756 000 Zloty abschloß. Das Ergebnis für Dezember 1925 dürfte selbst bei einer weiteren Zunahme des Ausfuhrüberschusses an der ungeheuren Verschlechterung der Gesamtbilanz gegenüber dem Vorjahre nichts mehr ändern, umso weniger als der Dezember gleichzeitig die katastrophale Entwertung des Zloty brachte.

Die schlechte Juteernte. Den neuesten Kabelmeldungen aus Kalkutta zufolge, wird das endgültige Ergebnis der Juteernte jetzt auf 7 585 954 Ballen taxiert, also noch wesentlich niedriger als die schon sehr ungünstige Regierungsschätzung, die 7 851 328 Ballen betragen hatte. Die Spinnereien in Kalkutta haben 4 850 000 Ballen erhalten, 2 350 000 Ballen wurden exportiert, die Vorräte in den Basaren betragen 395 954 Ballen. Die Kalkuttaner Spinnereien beabsichtigen, weitere 1 Million Ballen anzukaufen, so daß für den Export nicht mehr viel Rohstoffe bleiben wird. Da der außerindische Verbrauch auf 3,85 Millionen Ballen geschätzt wird und hiervon bisher nur 2,35 Millionen Ballen gedeckt sind, so fehlen nicht weniger als 1 Million Ballen, so daß weitere Preissteigerungen nicht ausgeschlossen sind.

Weiterer Preisnachlaß am Zuckermarkt. Der Inlandszuckermarkt bietet nach dem Feste kein erfreuliches Bild, verstärkt durch die Zahlungsschwierigkeiten in der Zuckerindustrie. Unverkaufte Restmengen der November-Dezember-Kontrakte drücken auf den Markt, auch tragen die infolge der Wiedereröffnung der Schifffahrt ankommenden Partien nicht dazu bei, die Situation günstiger zu gestalten. Die erwähnten Umstände veranlassen sowohl die erste als auch die zweite Hand zu recht bedeutenden Preiskonkzessionen, ohne daß es den Abgebern gelang, größere Mengen unterzubringen. Am Auslandszuckermarkt herrschte noch die Feiertagsstimmung vor. Nach der Wiedereröffnung der Schifffahrt sind größere Posten böhmischer Ware in Hamburg greifbar geworden, die glatt aufgenommen wurden. Bei dem reichlichen Offertenmaterial gaben die Preise für Ready-Partien nach und büßten teilweise bis zu 6 d per 50 Kilo ein.

Zur Lage am Teemarkt schreibt der Verband des deutschen Teehandels (Hamburg): Seitdem Rußland, das jahrelang vom Teebezug praktisch ausgeschaltet war, wieder fähig ins Geschäft eingreift, ist die Tendenz am Teemarkt ausgesprochen fest. Der deutsche Inlandsabsatz leidet unter dem Kapitalmangel des Einzelhandels und zwingt diesen, seine Käufe nur in kleinen Mengen vorzunehmen und Vorräte aus früheren Zeiten abzustößen. Auch der Konsument versteht sich überwiegend mit kleinen Packungen, wobei er die feineren und feinsten Sorten bevorzugt, weil diese die geringeren Sorten an Ausgiebigkeit wesentlich übertreffen und der Preisunterschied dadurch mehr als wett gemacht wird.

Wolle und Baumwolle. Die stürmische Nachfrage nach Wolle hat nachgelassen; größere Ankünfte von Wollen aus den englischen Kolonien haben zweifellos dazu beigetragen, die Kauflust etwas zu dämpfen. Die Tendenz der Überseemärkte ist zuweilen unregelmäßig gewesen, doch sind die Preise im ganzen fest geblieben. In den europäischen Konsumländern ist die Wolle verarbeitende Industrie teilweise gut beschäftigt, und zwar hauptsächlich in den Ländern, deren Gestehungskosten durch die entwertete Währung niedrig gehalten sind. Am Baumwollmarkt übertreffen die endgültigen Ernteschätzungen die allgemeinen Erwartungen. Im Zusammenhang hiermit ist die Tendenz auf den Terminmärkten abgeklaut und die Preise sind seitdem in langsamem aber stetigem Weichen begriffen. Die Lage der Baumwollindustrie hat sich in den letzten Wochen auf dem Kontinent (England einbezogen), derartig verschlechtert, daß für die nächsten Monate mit einem fühlbaren Rückgang des Konsums gerechnet wird. Auch in Amerika mehren sich die Anzeichen, daß der Geschäftsgang in den Baumwollspinnereien und Webereien nachzulassen beginnt.

Die Bilanz der Bank Polska für das Jahr 1925 stellt sich, obwohl die Bank infolge des Bankrotts vieler Bürger große Verluste erlitten hat, günstig dar. Die Dividende wird sogar über 10 Prozent betragen. Die Bilanz wird in der für den 14. d. Mts. einberufenen Sitzung des Aufsichtsrates bestätigt.

Eine Kapitalerhöhung der Bank Przemysłowy Warszawski um 200 000 auf 500 000 Zloty durch 2000 neue Aktien steht bevor.

Der Schutzverband der Inhaber von Rußlandforderungen E. V., Berlin NW., Dorotheenstr. 19, teilt uns folgendes mit: Nach den Erklärungen und Zirkularen der Sowjetbehörden, insbesondere der III. Abteilung des Volkskommissariats für Justiz sind die mit den amerikanischen Gesellschaften geschlossenen Lebensversicherungsverträge durch das Annullierungskdekret vom 18. November 1919 nicht aufgehoben worden. Es bleibt noch die Frage, welchen Be-

trag die Versicherungsgesellschaften bei der Entwertung der russischen Währung zu zahlen haben. In dieser Beziehung ist kürzlich eine höchstbedeutsame Entscheidung eines englischen Gerichtes der Kings Bench Division in Sachen Anderson v. Equitable Life Assurance Society of the United States gefällt worden. Das Gericht gibt daselbst seinen bisher ständig vertretenen Standpunkt, wonach die Valorisierung einer Markforderung wegen des Neuwertungskurses unmöglich sei, mit Rücksicht auf die veränderte Rechtsprechung des deutschen Reichsgerichts auf und erkennt grundsätzlich die Aufwertbarkeit einer in Mark ausgedrückten Versicherungssumme an. Was für die deutsche Mark gilt, wird auch für den Zarenrubel zu gelten haben, zumal die russischen Gerichte selbst die Aufwertung von Vorkriegsbilletsforderungen zugegeben haben. Bei der Einheitlichkeit der anglo-amerikanischen Rechtsprechung steht zu erwarten, daß diese wichtige Entscheidung auch ihren Einfluß auf die amerikanische Gerichtspraxis nicht verfehlen wird. Hiernach erscheint begründete Aussicht, daß sich die Aufwertungsansprüche der Policeninhaber gegen die amerikanischen Versicherungsgesellschaften durchsetzen werden.

Zum 50jährigen Bestehen der Reichsbank. Nachdem am 14. März 1875 das Bankgesetz die Grundlage für ein deutsches Zentralnoteninstitut geschaffen und eine kaiserliche Verordnung vom 21. Mai 1875 das Statut bestätigt hatte, nahm die Reichsbank ihre Tätigkeit am 1. Januar 1876 auf. Sie kam also am kommenden 1. Januar auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Die Verwaltung der Reichsbank wird Anfang Januar der Öffentlichkeit eine Jubiläums-Denkschrift übergeben, die sicher eines der interessantesten Dokumente der Wirtschaftsgeschichte bilden wird, da sie vor allem reich mit statistischem Material ausgestattet werden und so auch über die Inflationsperiode eine interessante zusammenfassende Darstellung geben soll.

Die Vorläuferin der Reichsbank war die im Jahre 1735 gegründete „Königliche Giro- und Lehnbank in Berlin“, aus der später im Jahre 1846 die „Preussische Bank“ hervorgegangen ist. Diese ist nicht zu verwechseln mit der heutigen Preussischen Staatsbank (Seehandlung). Von der Preussischen Bank wurden auch die Gebäude übernommen. Die Aktionäre wurden durch Umtausch ihrer Aktien gegen Reichsbankanteile entschädigt, während der preussische Staat eine besondere Entschädigung von 15 Mill. Mark erhielt. Das Bankgesetz ist im Laufe der Jahre mehrfach durch besondere Gesetze, von denen allein acht in die Zeit der Inflation fallen, abgeändert worden. Der erste Präsident der Reichsbank war der frühere Präsident der Preussischen Bank v. Dechend. Ihm folgte Dr. Koch, der die Reichsbank bis zum Jahre 1908 leitete. Von da ab übernahm Dr. Havenstein das Amt des Präsidenten. In seine Amtszeit fallen Krieg und Inflation. Nach seinem Tode übernahm am 22. Dezember 1923 Dr. Schacht die Leitung des Instituts. Zurzeit unterhält die Reichsbank 17 Hauptstellen, 84 Reichsbankstellen und 350 Reichsbanknebenstellen. Die Zahl der Beamten beträgt 8657, hierzu treten 2141 Angestellte und 1075 Arbeiter. In engem Zusammenhange mit der Reichsbank arbeitet die von Dr. Schacht ins Leben gerufene Deutsche Golddiskontbank.

Reichsbank. In der am Freitag abgehaltenen Wochensitzung des Reichsbankdirektoriums ist noch keine Diskontermäßigung vorgenommen worden; es wurde jedoch, wie verlautet, bei der üblichen Besprechung der augenblicklichen Geld- und Kreditlage eine baldige Erleichterung in der Kreditgewährung in Aussicht gestellt, doch soll vorerst noch der nächste Reichsbankausweis abgewartet werden. Eine etwaige Diskontenerhöhung der Bank von England werde auf die Entscheidung über eine Diskontermäßigung in Deutschland keinen Einfluß ausüben.

Bank von Danzig. Bei diesem Institut besteht bisher der Vorstand aus einer einzigen Person. Das Recht der Alleinzeichnung gilt allgemein für Notenbanken als etwas Außergewöhnliches. Anscheinend hat sich aus diesen und aus anderen Gründen eine Verstärkung des Vorstandes als wünschenswert erwiesen. Demnächst kann mit dem Eintritt eines zweiten Vorstandsmitgliedes gerechnet werden.

## Märkte.

Getreide. Warschau, 9. Januar. Für 100 kg fr. Verladestation (fr. Warschau). Roggen 24–24½–25 zt. Weizen 37–36 zt. Hafer 22–24, Braugerste 25–27, Malt- und Graupengerste 21½ bis 22½, mittlere Weizenkleie 16 zt., Grobkleie 16½–17, R.-Kleie 14–15, 50proz. Roggenmehl 42–43 zt.

Wilna, 9. Januar. Engrospreise für 100 kg loko Lager Wilna. Gerste 25–26, Hafer 26–27–28, Roggen 26–27½, Felderbsen 26, Speiseerbsen 8–9, Heu 10½–11½, Stroh 6, Klee 12½. Tendenz unbeständig.

Danzig, 9. Januar. Weißweizen 12½–14, Rotweizen 13½ bis 13.75, Roggen 8½, Gerste 8½–8½, Futtergerste 8–8½, Hafer 8–8½, Erbsen 10–11, W.-Kleie 6½–7, R.-Kleie 5½, „000“ W.-Mehl alt mit einer 25proz. Mischung ausländischen Mehls 49½, „000“ Inlandsweizenmehl neu 42½, 60proz. Roggenmehl 27.

Berlin, 9. Januar. Getreide- und Ölsaaten f. 1000 kg fr. Verladestation. Mehl und Kleie f. 100 kg loko Berlin. Markt. Weizen und Pommereller 249–255, mark. Roggen 148–155, Pommereller 147–154, Braugerste 185–212, neue Winterfüttergerste 154–168, mark. Hafer 162–173, W.-Mehl 33½–36½, R.-Mehl 23–24½, W.-Kleie 11½–11½, Raps 340–350, Vikt.-Erbsen 26–33, Speiseerbsen 22–25, Futtererbsen 20–22, Pelusken 18–19, Feldbohnen 20–22, Wicken 20–23, blaue Lupinen 12–12½, gelbe 14–15, Seradella 18–19, Rapskuchen 15½–15½, Leinkuchen 23.60–23.80, Kartoffelflocken 14.90–15.40. Tendenz fester.

Chicago, 8. Januar. Cts. für 1 bushel. Weizen Redwinter Nr. II loko 189½, Hardwinter Nr. I loko 183½, Mai alt 176½, neu 178½, Juli 153½, September neu 146½, Roggen Nr. II loko 106, Mai 112½, Juli 110½, Mais gelb Nr. II loko 80.25, weiß Nr. IV loko 77, gemischt Nr. III loko 79, Mai 88½, Juli 90.50, September 91.50, Hafer weiß Nr. II loko 43½, Mai 46, Juli 46.25, Malting-Gerste loko 71–77. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Breslau, 9. Januar. Für 100 kg in deutscher Mark fr. Verladestation Schlesien. Weizen 22.30, Roggen 15, Hafer 15, Braugerste 18, mittlere 15½, Weizenmehl 34½, Roggenmehl 24, ausgesuchtes 41. Tendenz für Getreide ruhig.

Metalle. Warschau, 9. Januar. Pfannenbronze VII 495, Gerätebronze VII–II–465 zt, Phosphorbronze VII–III–500 zt, Messing VIII 360 zt. Obige Preise verpflichten bei Gewicht eines Gußstückes von mindestens 2 kg. Bei minderen Gewichten und Abgüssen werden 8% hinzugerechnet.

Für 1 Tonne fr. Verladestation. Blech 5 mm und stärker 360 zt, Feinblech bis 6 mm 390 zt, (Grundpreis). Runddraht von 5½–13 mm und Quadratdraht von 5½–8 mm 335 zt, Bandseisen heiß gewalzt 315 zt, Inlandshandelseisen 265 zt, Rohguß Witkowiec Nr. II 225 zt, Rohguß Czesochowa Nr. Q 200 zt, Nr. I 195 zt, Nr. II 180 zt, loko Hütte. Rohguß Staporow Nr. O 185 zt, Nr. I 180 zt, Nr. II 165 zt, Nr. III 155 zt.

Berlin, 9. Januar. Elektrolytkupfer sofort. Lieferung cyf. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (100 kg) 133½.

Kolonialwaren. Krakau, 9. Januar. Für 100 kg in Dollars. Chinesischer Tee Monning 170, Orange Pecco 225, einfacher Pecco 215, Kaffee Santo Superior 78.50, Costaryka-Kaffee 120, Costaryka Maragogyne 115, indischer 90–95.

Lublin, 9. Januar. Für 1 kg Kristallzucker 1.22, Puderzucker 1.50, Würfelzucker 1.54, Tee 20, Kaffee 11, Zimmt 7, Pfeffer 9.50, Kranzfeigen 2.40, türkische Nüsse 4.50, italienische 3, Burmais II. Güte 1, Patna 1.60, Gerstengrütze 0.38, Feldbohnen 0.40, Bohnen 0.37, Salz 0.25.

Baumwolle. Bremen, 9. Januar. Amtliche Notierungen in amerikanischen Cts. für 1 engl. Pfund. 1. Ziffer Verkauf, 2. Einkauf. Amerik. Baumwolle loko 21.87, Januar 20.30, März 20.45 bis 20.36, Mai 20.45–20.43, Juli 20.22–20.17, September 19.79 bis 19.75, Oktober 19.64–19.46, Dezember 19.40–19.25. Tendenz beständig.

## Posener Börse.

	11.1.	9.1.		11.1.	9.1.
4 Pos. Pfdbr. alt	17.13	—	Hartw. Kant. I-II	2.50	—
6 listy zbozowe	—	4.60	Herz. Vikt. I-III	—	—
	—	4.70	Hurtown. Skór I-IV	—	—
8 dolar. listy	2.30	2.45	Juno I-III	—	—
	2.35	—	Lubań I-IV	—	—
5 Poż. konwers.	0.32	0.29	Dr. R. Mav I-V	19.00	19.00
10 Poż. kolejowa	—	—			
Bk. Kw. Pot. I-VIII	2.20	2.20	Mł. i Tart. Wagr. I-II	—	—
	2.10	—	Młyn Pozn. I-IV	—	—
Bk. Przemysł I-II	1.30	1.30	Młyn Ziem. I-II	—	—
Bk. Sp. Zar. I-XI	4.00	4.00	Płotno I-III	0.07	0.07
Bk. Ziemia I-V	—	—	Pneumatyk I-IV	—	—
Arkona I-V	—	—	Sp. Drzewna I-VII	—	0.30
Barcikowski I-VII	—	1.00	Sp. Stolarska I-III	—	—
Brow. Krotosz I-V	1.00	—	Star. Fab. Mebl. I-II	—	—
Brzeski-Auto I-III	—	—	Tri I-III	—	—
Cegielski I-IX	—	—	Unja I-III	—	—
Centr. Rolnik. I-VII	—	—	Wagr. Ostrowo I-IV	—	—
Centr. Skór I-V	—	—	Wisla, Bydg. I-III	—	—
Deblenko I-V	—	—	Wytw. Chem. I-VI	0.30	0.30
Gopiana I-III	—	—	Zj. Brow. Grodz. I-IV	1.00	—
C. Hartwig I-VII	—	—			

Tendenz: unverändert.

## Warschauer Börse.

Devisen (Geldk.)	11.1.	9.1.		11.1.	9.1.
Amsterdam	—	—	Paris	29.81	31.08
Berlin*	185.00	191.00	Prag	—	—
Helsingfors	—	—	Stockholm	—	—
London	37.69	39.94	Wien	—	113.03
Newyork	7.77	8.02	Zürich	150.10	154.93

\*) über London errechnet.

Effekten:	11.1.	9.1.		11.1.	9.1.
6% P. P. Konwers.	100	—	Nobel III. -V	1.70	1.70
5% „	43.50	43.50	Lilpop I-IV	0.64	0.64
6% Poż. Dolar	64.00	64.00	Modrzejew. I-VII	2.60	—
10% Poż. Kolej. S.I.	119	118	Ostrowieckie I-VII	5.05	4.95
Bank Dysk. I-VII	2.00	2.00	Starachow. I-VIII	1.05	—
B. Handl. W. XI-XII	—	—	Zielenkowsk. I-V	9.50	9.50
B. Zachodni I-VI	1.00	1.00	Zyrardów	7.80	8.00
Chodorów I-VII	5.35	—	Borkowski I-VIII	0.75	0.75
W. T. F. Cukru	1.95	1.90	Haberbusch I Sch.	5.30	5.40
Kop. Wegli I-III	1.70	1.67	Majewski	—	—

Tendenz: im allgemeinen fester.

## Danziger Börse.

Devisen:	11. 1.	9. 1.		11. 1.	9. 1.
	Geld	Geld		Brief	Brief
London	—	—	Berlin . .	123.620	123.930
Newyork	—	—	Warschau	67.29	67.63
Noten:					
London	25.223	25.205	Berlin	123.620	123.930
Newyork	5.2215	5.2215	Polen . .	67.52	67.63
</					

## Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	11.1.	9.1.		11.1.	9.1.
London	20.355	20.351	Kopenhagen	104.37	104.42
Newyork	4.195	4.195	Oslo	85.39	85.43
Rio de Janeiro	0.615	0.614	Paris	15.94	16.01
Amsterdam	168.61	168.66	Prag	12.415	12.415
Brüssel	19.03	19.02	Schweiz	81.03	81.02
Danzig	80.70	80.68	Bulgarien	2.965	2.965
Helsingfors	10.552	10.556	Stockholm	112.29	112.26
Italien	16.945	16.935	Budapest	5.87	5.871
Jugoslawien	7.42	7.42	Wien	59.04	59.07

(Anfangskurse) \* bedeutet ultimo bzw. medio.

Effekten:	11.1.	9.1.		11.1.	9.1.
Harp. Bgb.	* 99	* 95½	Görl. Wagg.	22	21
Kattw. Bgb.	8½	7.9	Rheinmet.	19	17½
Laurahütte	33	28½	Kahlbaum	—	—
Obshl. Eisenb.	* 39½	* 41	Seibth. Pt.	113	113½
Obshl. Ind.	* —	* 38½	Dtsch. Petr.	63½	58
Dtsch. Kali	108½	—	Hapag	* 96½	* 96½
Höchst. Farb.	114½	112½	Dtsch. Bk.	* 109½	* 106½
A. B. G.	* 92½	* 89½	Dise. Com.	* 107½	* 105½

Tendenz: fest.

Ostdevisen. Berlin, 11. Januar, 1<sup>30</sup> nachm. Auszahlung Warschau 54.285–54.515, Große Polen 54.095–54.655, Kleine Polen 53.78–54.27.

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 11. Januar, mittags 12<sup>30</sup> Uhr. (R.) Bei etwas ruhigerem Geschäft und trotz vereinzelter Realisationen der Spekulation bleibt die Börse aus den bekannten Gründen fest. Montanwerte behaupten den hohen Schlusskurs vom Sonnabend. Köln-Neu-Essen 3 Prozent höher. Gefragt sind namentlich Schiffsaktsaktien, von denen Lloyd und Hansa bis 3 Prozent stiegen. Sonst betragen die Kursbesserungen durchschnittlich 2 bis 3 Prozent, bei Kalkulationen 5 bis 7 Prozent. Heimische Anleihen gut behauptet. Auch Bankaktien etwas höher.

Der Zloty am 9. Januar. London: Ueberw. Warschau 40, Newy